

Eschborn, den 21. November 2006

**Antrag zur Änderung des Haushaltsplanentwurfs 2007/2008
Verzicht auf eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 300 auf 280 Punkte**

Beratungsfolge HFA, StVV

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

1. Der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Eschborn wird in den Jahren 2007 und 2008 unverändert bei 300 Punkten belassen.
2. Der Entwurf des Haushaltsplans wird für 2007 wie folgt geändert:

Die geplanten Erträge aus der Gewerbesteuer werden von Euro 90.000.000 auf Euro 96.000.000 erhöht. Die geplanten Aufwendungen aus der Gewerbesteuerumlage werden von Euro 23.500.000 auf Euro 25.200.000 erhöht.

3. Der Entwurf des Haushaltsplans wird für 2008 wie folgt geändert:

Die geplanten Erträge aus der Gewerbesteuer werden von Euro 95.000.000 auf Euro 102.000.000 erhöht. Die Aufwendungen aus der Gewerbesteuerumlage werden von Euro 24.800.000 auf Euro 26.600.000, die Aufwendungen aus der Kreisumlage von Euro 47.000.000 auf Euro 49.000.000 und die Aufwendungen aus der Kreisschulumlage von Euro 8.200.000 auf Euro 8.550.000 erhöht.

Begründung:

Eschborn hat durch die verkehrsgünstige Lage und durch die im Vergleich zu Frankfurt günstigen Preise und Mieten für Büroimmobilien hervorragende Wettbewerbsbedingungen im Umland. Infolge der daraus resultierenden hohen Gewerbesteuererinnahmen ist eine vergleichsweise gute Infrastruktur möglich, was die Attraktivität von Eschborn für ansiedlungswillige Unternehmen weiter erhöht. Dies ist erfreulich und soll auch so bleiben. Andererseits besteht aber auch kein Anlass, auf Einnahmen für den weiteren Ausbau der Infrastruktur in Stadt und Umland zu verzichten.

Mit der vorgesehenen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Prozentpunkte wird der Wettbewerb zu Lasten der Städte im Umfeld weiter verschärft. Für die Region insgesamt gehen unmittelbar Einnahmen in Höhe von mehreren Millionen Euro verloren. Selbst wenn der Haushalt der Stadt Eschborn die Einnahmeausfälle verkraften kann,

schaden sie doch der Region und damit letztlich auch der Stadt Eschborn. So verliert zum Beispiel der Main-Taunus-Kreis durch diese Senkung Einnahmen von voraussichtlich mehr als 2 Millionen Euro im Jahr 2008.

Auch in Eschborn stehen Maßnahmen an beziehungsweise sind überfällig, von denen die den Bürgerinnen und Bürger, aber auch die ansässigen Unternehmen profitieren können.

Die von uns aufgrund der verfügbaren Daten ermittelten finanziellen Auswirkungen des Verzichts auf die vorgesehene Steuersenkung auf Eschborn und Main-Taunus-Kreis zeigt folgende Tabelle:

		Bisheriger Ansatz (€)		Neuer Ansatz (€)	
		2007	2008	2007	2008
6.61.10.01.575300	Gewerbsteuer	90.000.000	95.000.000	96.000.000	102.000.000
6.61.10.01.755410	Kreisumlage	-45.000.000	-47.000.000	-45.000.000	-49.000.000
6.61.10.01.755420	Kreisschulumlage	-8.000.000	-8.200.000	-8.000.000	-8.550.000
6.61.10.01.758010	Gewerbsteuerumlage	-23.500.000	-24.800.000	-25.200.000	-26.600.000
Mehreinnahmen für Eschborn				4.300.000	2.850.000
Mehreinnahmen für den Kreis (ohne Eschborn)				0	2.350.000
Summe Mehreinnahmen für Eschborn und Kreis				4.300.000	5.200.000

Weitere Begründung des Antrags erfolgt mündlich.

21. November 2006

Thomas Matthes
Fraktionsvorsitzender